

# „Sparen allein bringt keine Zukunft“

Hilchenbacher Bürger sagen, was sie von der Politik erwarten

Von Steffen Schwab

**Hilchenbach.** Fast 200 haben draußen demonstriert, an die 100 kommen mit in den Ratssaal, um ihre Ideen zum Weg aus dem Nothaushalt einzubringen – dass die städtischen Finanzen die Bürger kalt lassen, kann an diesem Abend niemand behaupten. „Wir sind überwältigt“, sagt UWG-Fraktionschef Heinz-Jürgen Völkel, der gemeinsam mit Dr. Peter Neuhaus (Grüne) und Martin Born (Grund) im Namen der kurzfristig formierten Initiative „Gemeinsam schaffen wir das“ begrüßt.

Draußen haben Kinder, Jugendliche und ihre Eltern für die Fortführung der Schulsozialarbeit geworben. Drinnen stellt Loni Kleine vom Familienzentrum Kuckucksnest die Unterschriftensammlung vor, mit der der ehrenamtliche Arbeitskreis Integration, Bildung und Familie Druck für die Wiedereröffnung des Familienbüros machen will. „Wir brauchen diese Angebote“, sagt Loni Kleine, „das Familienbüro ist wesentlich mehr als nur das Willkommenspaket für neu geborene Kinder.“



So sieht es im Ratssaal selten aus: Transparente und viele hitzige Diskussionen auf einmal.



Für den Weg aus dem Nothaushalt lassen viele Hilchenbacher die Köpfe rauchen.

FOTOS: STEFFEN SCHWAB

Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab sieht – „nachdem die SPD bereit ist, über ihren Schatten zu springen“ – die Ratsmehrheit für die Steuererhöhungen ab 2015, die schon nächsten Mittwoch beschlossen werden sollen. Kämen die nicht, „müssten wir über die Infrastruktur unserer Stadt in Gänze reden“. Das wollen die Anwesenden auch. Die Vorschläge, die sie an den **Themeninseln** sammeln und die die Initiative nun in die politischen Beratungen einbringen wird, haben allerdings nichts mit Abbruch zu tun:

■ **Infrastruktur:** Kreisverkehre statt Ampeln; Ampeln ab 20, Straßenlampen ab 22 Uhr abschalten; Blitzer aufstellen (und damit Geld verdienen);

■ **Schule/Kultur:** die Bücherei aus-

bauen; Bürger ermutigen, Theater und Kino mehr zu nutzen;

■ **Jugend/Soziales:** das Ehrenamt und die Vereine stärken; die Halbpipeline verkaufen und dafür etwas anderes anschaffen;

■ **Rat/Verwaltung:** Wahlbezirke zusammenlegen, Sitzungsgelder spenden;

■ **Verschiedenes:** die Feier zum Tag der Einheit absagen, die Zahl der Friedhofskapellen reduzieren, den Hilchenbach in seinem Rohr lassen, Sperrmüll einsammeln und verkaufen; mit Nachbarkommunen zusammenarbeiten.

## Debatte mit „fataler Außenwirkung“

„Schulsozialarbeit ist wichtiger als ein kultureller Marktplatz“, hat jemand auf eine Karte geschrieben. An dem Regionale-Projekt für

Dahlbruch scheiden sich die Geister: Es gibt entschiedene Stimmen dafür wie dagegen – Ratsmitglieder aus allen fünf Fraktionen, die sich inzwischen versammelt haben, registrieren auch das aufmerksam. Szenenapplaus erhält die vorgetragene Forderung nach mehr Transparenz in der Arbeit von Rat und Verwaltung. Martin Born fängt direkt damit an: „Ich bekomme im Monat 197 Euro.“

Noch einmal Beifall gibt es für den Wunsch eines anderen Bürgers. Hilchenbach möge „jeden Eindruck vermeiden, dass hier das Leben heruntergefahren wird.“ Die in den letzten Monaten geführte Debatte habe jedenfalls eine „fatale Außenwirkung“. Und schließlich: „Sparen allein bringt keine Zukunft für unsere Jugend.“

## KOMMENTAR

Von Steffen Schwab



## Worum es wirklich geht

Die Einsicht, dass man sich mit einer Politik, wie sie der Rat seit einem halben Jahr exekutiert, keine Freunde macht, kommt spät. Die Resonanz aus der Bürgerschaft ist deutlich genug: Der Abbruch von gebauter, sozialer und kultureller Infrastruktur ist nicht gewünscht – zumindest nicht bei den vielen, die sich zu Wort mel-

den. Die SPD geht darauf so weit ein, dass sie nicht nur Steuererhöhungen vorschlägt, sondern sogar schon wieder ein bisschen vom Kulturellen Marktplatz träumt.

Transparenz haben sich die Bürger im Ratssaal gewünscht. Dazu gehört auch das: Hilchenbach wird sich niemals an den eigenen Haa-

ren aus dem Schuldensumpf ziehen können. Kern der ganzen Debatte, vorgeblich um den Ausgleich des Haushalts in acht Jahren, war nur die Frage, ob die Stadt vor oder nach 2022 überschuldet ist. Vermeiden lässt sich das nur mit neuen Buchungstricks aus dem Zauberbuch des „Neuen Kommunalen Finanzmanage-

ments“. Oder eben einer auskömmlichen Ausstattung der Kommunen durch den Staat.

Der Rest ist Machtpolitik. „Große Koalition“ war gestern, jetzt marschieren CDU und SPD wieder getrennt Richtung Bürgermeisterwahl. Deshalb ist Hans-Peter Hasenstab auch wieder gut gelaunt.